



Gemeinsame Pressemitteilung der Stadt Schwetzingen und der Gemeinde Plankstadt

Geothermie-Vorhaben Schwetzingen-Plankstadt

Gemeinderäte beider Kommunen befassten sich in gemeinsamer Sitzung mit dem geplanten Geothermie-Projekt der Firma GeoHardt – Stimmen aus der Sitzung

Die GeoHardt GmbH plant den Bau eines Geothermie-Heizwerks in Schwetzingen. Da auch die Gemeinde Plankstadt von dem Vorhaben betroffen ist, haben beide Kommunen eine enge Zusammenarbeit im weiteren Planungs- und Genehmigungsprozess vereinbart.

Die GeoHardt GmbH ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Energieversorger EnBW und MVV Energie AG. Ziel des Konsortiums ist es, geothermische Potenziale im Oberrheingraben für die nachhaltige Fernwärmeversorgung zu erschließen. Insgesamt sind bis zu drei Anlagen in der Region geplant, um die angestrebte Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien zu unterstützen.

Bereits 2021 wurde die bergrechtliche Erlaubnis zur Erkundung von Erdwärme im Feld „Hardt“ erteilt. Seismische Untersuchungen im Jahr 2023 bestätigten ein hohes geothermisches Potenzial mit Temperaturen von bis zu 180 Grad in mehreren Kilometern Tiefe. Die Auswertung der Daten wurde Ende 2024 abgeschlossen.

Durch das 2026 in Kraft getretene Geothermie-Beschleunigungsgesetz ist der Einfluss der Kommunen im Genehmigungsverfahren eingeschränkt; ihnen bleibt vor allem eine beratende Rolle. Dennoch wollen Schwetzingen und Plankstadt den Prozess aktiv, kritisch und transparent begleiten.

Beide Kommunen fordern deshalb insbesondere eine umfassende Prüfung wasserrechtlicher Aspekte sowie klare Haftungsregelungen für den Betreiber. Zudem sprechen sie sich für mehr Transparenz im Verfahren, die Einrichtung eines Begleitkreises sowie eines unabhängigen Ombudsgremiums aus, um die Interessen der Bürgerschaft angemessen zu berücksichtigen, so Oberbürgermeister Matthias Steffan und Bürgermeister Nils Drescher in ihrer gemeinsamen Verwaltungsvorlage.

In einer gemeinsamen Sitzung der Gemeinderäte beider Kommunen am 22. April 2026 stellten MVV und GeoHardt das Vorhaben der Öffentlichkeit vor. In ihren Stellungnahmen positionierten sich die Fraktionen im Anschluss zum geplanten Geothermie-Projekt.

Stimmen der Gemeinderatsfraktionen aus Schwetzingen

Schwetzinger Freie Wähler

Grundsätzlich stehen die Schwetzinger Freien Wähler dem Thema Tiefengeothermie positiv gegenüber, da wir dringend eine Lösung für die Wärmegewinnung/Fernwärme nach dem Abschalten des GKM benötigen. Wir lehnen jedoch eine Lösung mit Förderwerk derart nahe an unserer Nordstadt ab. Wir fordern einen Mindestabstand von 1000 m von bebauten Wohn- oder Industriegebieten. Leider haben wir als Stadträte und Stadträtinnen aufgrund der aktuellen Gesetzeslage keinerlei Mitspracherecht im Genehmigungsverfahren.

CDU

Die CDU-Fraktion sieht in der tiefen Geothermie zwar grundsätzlich eine mögliche Chance für die Wärmewende, im Oberrheingraben bewertet sie die Technologie aktuell jedoch aufgrund erheblicher wirtschaftlicher, geologischer und gesellschaftlicher Risiken als nicht tragfähig. Insbesondere fehlende belastbare Wirtschaftlichkeitsnachweise, Unsicherheiten durch Erdbeben- und Wasserschuttrisiken sowie Defizite in Transparenz und Kommunikation haben zu einem deutlichen Vertrauensverlust geführt. Vor einer weiteren Umsetzung fordert die Fraktion daher klare Nachweise, unabhängige Gutachten, verbindliche Haftungsregelungen und eine echte Bürgerbeteiligung, um Chancen und Risiken verantwortungsvoll abwägen zu können.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Fernwärme deckt in Schwetzingen ein Viertel des Gesamtheizbedarfs, ihr Anteil wächst. Hier bietet die hydrothermale Tiefengeothermie die Chance, sich aus der fatalen Abhängigkeit von fossilen Energiequellen zu befreien. Dabei müssen aber die Bedenken in der Bevölkerung berücksichtigt werden, wie sie stellvertretend im Dialogforum der Zufallsbürger geäußert wurden. Deshalb war uns besonders wichtig, dass zwei Punkte vorab entschieden wurden: erstens die Vereinbarung, eine Ombudsperson zur unbürokratischen Hilfe bei Schäden einzusetzen, und zweitens die Fragen zum Haftungsrecht gutachterlich zu klären; als essentiell betrachten wir zudem die ständige seismologische Überwachung und die Einsetzung eines kommunalen Begleitkreises, der die Transparenz im Ablauf sicherstellen wird.

SPD

Im Sinne der Energiewende war die SPD Schwetzingen grundsätzlich gegenüber Tiefengeothermie immer offen, jedoch muss die mangelnde Transparenz und Kommunikation von GeoHardt gegenüber Gemeinderat und Bevölkerung kritisiert werden. Zentrale Informationen, z.B. zu Bodenuntersuchungen, Standortpotenzialen oder dem konkreten Vorgehen, kamen verspätet oder unzureichend, was das Vertrauen – auch der Bevölkerung – in das Projekt beschädigt hat. Da Kommunen und Gemeinderäte keinerlei Entscheidungsbefugnis haben, ist absolute Transparenz in einem unabhängigen Beirat die einzige Möglichkeit, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen sowohl in das Unternehmen als auch in das Projekt erwerben zu können.

FDP

Die FDP sieht die technischen Risiken der Tiefengeothermie, in dieser aber zugleich eine Chance für eine klimafreundliche, grundlastfähige und verlässliche Wärmeversorgung vor Ort. Wir werden darauf drängen, dass die vorhandenen Risiken von den Bergbehörden im Genehmigungsverfahren gründlich und umsichtig geprüft, Sicherheitsstandards bei Bohrung und Betrieb penibel eingehalten und die Bürgerinnen und Bürger in jedem Verfahrensschritt früh, sachlich und transparent informiert werden. Zugleich wollen wir für ein sachorientiertes, unaufgeregtes Diskussionsklima um die Tiefengeothermie sorgen

Werner Zieger, Parteilos

Ich finde die Tiefengeothermie eine gute und überzeugende Technologie welche mit Sicherheit noch ausbaufähig ist. Nur leider sehe ich noch erhebliche Mängel im Prozedere einer eventuellen Schadensregulierung. Da diese aus meiner Sicht leider für die Menschen noch sehr zu wünschen übrig lässt, werde ich dem Vorhaben nicht zustimmen.

Stimmen der Gemeinderatsfraktionen aus Plankstadt

Plankstadter Liste

Eine geplante Geothermie-Anlage ist aus klimapolitischer Sicht grundsätzlich zu begrüßen, da sie eine nachhaltige und weitgehend emissionsarme Energiequelle darstellt. Dennoch ist es notwendig, das Vorhaben kritisch und differenziert zu betrachten – insbesondere im Hinblick auf mögliche Risiken wie Trinkwasserverschmutzung und auch potenzieller Gebäudeschäden, die im Zusammenhang mit tiefengeothermischen Projekten auftreten können. Die Frage der Haftung muss im Vorfeld klar geregelt sein (Beweisumkehr) sowie die Frage, wie schnell und unbürokratisch eventuelle Entschädigungen erfolgen.

CDU

Die CDU Plankstadt steht dem Geothermieprojekt im Rhein-Neckar-Kreis sehr skeptisch gegenüber. Sie erkennt das Potenzial für erneuerbare Wärme an, fordert jedoch strenge Sicherheitsprüfungen, klare Haftungsregeln und umfassende Bürgerbeteiligung, bevor Projekte umgesetzt werden. Die aktuelle Situation ist folgende: Geothermie-Vorhaben sind allein zur Wärmegewinnung nicht ökonomisch zu betreiben. Nur wenn zusätzlich Lithium gefördert wird, das derzeit noch hohe Preise erzielt. Akkus werden demnächst aber ohne Lithium auskommen und damit fällt diese Einnahme weg.

Zugleich bestehen erhebliche Gefahren bei der Nutzung von Tiefengeothermie: Erdbeben, Grundwasserverunreinigung, Abfälle aus Thermalwässern (z.B. Schwermetalle, Radioaktivität). Tiefengeothermie nein, oberflächennahe Vorhaben ja (z.B. zur Effizienzsteigerung von Wärmepumpen). Auf keinen Fall Subventionen für Projekte ohne Zukunft!

GLP

Geothermie gewinnt angesichts der aktuellen geopolitischen Lage an strategischer Bedeutung, da sie die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten reduziert und die Versorgungssicherheit stärkt. Positiv hervorzuheben sind die heute geltenden strengen Sicherheitsbestimmungen: Geothermieprojekte unterliegen umfangreichen Genehmigungs- und Überwachungsverfahren, einschließlich seismologischer Echtzeitüberwachung. Dadurch können mögliche Risiken wie induzierte Erdbeben früh erkannt und durch technische Maßnahmen, etwa die Regulierung des Drucks im Untergrund, kontrolliert werden. Insgesamt gilt Geothermie bei Einhaltung dieser Vorgaben als sichere und nachhaltige Ergänzung im Energiemix.

SPD

Die SPD sieht Geothermie zwar als sinnvolle, wahrscheinlich grundlastfähige Ergänzung der Energiewende, jedoch ohne Vorrang gegenüber anderen erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarenergie. Angesichts hoher Kosten, langer Planungszeiten sowie finanzieller und geologischer Risiken setzt die SPD stärker auf schneller verfügbare und wirtschaftlich etablierte Technologien. Mögliche Risiken (Erdbeben, Grundwasser) und Haftungsansprüche, die mit dem Einsatz der Geothermie einher gehen, sind kritischer zu hinterfragen und klarer zu benennen, die Haftung bei Schäden und deren Regulierung sind eindeutig darzustellen. Insgesamt verfolgt die SPD damit einen vorsichtigen, technologieoffenen Ansatz mit klarem Schwerpunkt auf den bewährten erneuerbaren Energien. Daher zum aktuellen Antrag keine Zustimmung.